

Klimabilanz der Bundesverwaltung: Weniger schädliche Emissionen bei Dienstreisen und Gebäuden

23.4.2026 - | Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Bundesregierung legt Bilanz der klimaneutralen Bundesverwaltung vor.

Das Bundesumweltministerium hat die Klimabilanz der Bundesverwaltung für 2023 veröffentlicht. Dabei zeigen sich messbare Verbesserungen in zentralen Bereichen wie dem Gebäudebetrieb, der Energieversorgung und der Mobilität. So sanken in den Gebäuden der Bundesverwaltung die CO₂-Emissionen durch Heizen und Stromverbrauch um rund fünf Prozent im Vergleich zu 2022. Gleichzeitig ist der Anteil vollelektrischer Fahrzeuge innerhalb eines Jahres um rund acht Prozent gestiegen, und der Anteil der Stromeigenproduktion durch Photovoltaikanlagen ist ebenfalls gestiegen. In der jährlichen Klimabilanz sind die Treibhausgasemissionen von 114 Behörden der Bundesverwaltung enthalten, einschließlich der Deutschen Bundesbank, der Verwaltung des Bundestags, des Bundesrats, des Bundesverfassungsgerichtes und des Bundespräsidialamts.

Der Bund hat sich im Bundesklimaschutzgesetz das Ziel gesetzt, die Verwaltung bis 2030 klimaneutral zu organisieren. Mit der Klimabilanz der Bundesverwaltung unterstreicht der Bund nicht nur seine Verantwortung für den Klimaschutz, sondern auch seine Vorbildfunktion für andere öffentliche Einrichtungen und Organisationen. Die Bilanz ist die umfassendste Aufstellung zu Energieverbräuchen und schädlichen Emissionen im Verwaltungs- und Organisationsbereich, die es bisher in Deutschland gibt. Für die Umsetzung ist die Koordinierungsstelle Klimaneutrale Bundesverwaltung (KKB) im Bundesumweltministerium zuständig.

Trend zu klimafreundlicheren Verkehrsmitteln bei Dienstreisen

Neben einem stärkeren Anteil der E-Mobilität bei Dienstfahrzeugen zeigt sich auch bei Flugreisen eine erfreuliche Entwicklung. Zwar sind die Emissionen im Vergleich im 2022 leicht gestiegen. Das lässt sich aber durch ein erhöhtes Reiseaufkommen nach der Coronapandemie erklären. Im Vergleich mit dem Vor-Coronajahr 2019 haben die Emissionen aller dienstlichen Flugreisen im Jahr 2023 um 24 Prozent abgenommen. Auch die Emissionen der Inlandsflüge sind stark zurückgegangen. Rund 96 Prozent der zurückgelegten Inlands-Distanzen entfallen auf Bahnreisen, während Linienflüge weniger als 4 Prozent des innerdeutschen Reiseaufkommens ausmachen. Damit bestätigt sich insgesamt der Trend hin zu klimafreundlicheren Verkehrsmitteln und einer deutlichen Bevorzugung der Bahn gegenüber dem Flugzeug bei Inlandsreisen.

Vorbild für öffentliche Hand und Wirtschaft

Mit der jährlichen Erfassung und transparenten Veröffentlichung ihrer Emissionen setzt die Bundesverwaltung bundesweit Maßstäbe für eine systematische und nachvollziehbare Treibhausgasbilanzierung. Die Erfahrungen aus der Umsetzung konkreter Maßnahmen - von nachhaltiger Beschaffung bis hin zu energieeffizientem Gebäudemanagement - liefern wichtige Impulse für Länder, Kommunen und weitere Organisationen, die vor ähnlichen Transformationsaufgaben stehen. Der Bund zeigt damit, dass Klimaschutz ein fester Bestandteil einer zukunftsfähigen öffentlichen Verwaltung ist.

Klimaziele fördern moderne Arbeitsorganisation

Die Ausrichtung auf Umwelt- und Klimaziele wirkt sich zugleich positiv auf die Arbeitsorganisation aus. Flexible Arbeitsmodelle, digitale Verfahren, hybride Sitzungsformate und moderne Flächennutzungskonzepte in den Liegenschaften tragen nicht nur zur Verringerung von Dienstreisen und des Energieverbrauchs bei, sondern verbessern auch die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, erhöhen die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber und fördern effizientere Arbeitsabläufe. Neue Bürokonzepte wie Desk-Sharing, projektbezogene Arbeitsbereiche und der verstärkte Einsatz digitaler Verwaltungsprozesse ermöglichen eine bedarfsgerechtere Nutzung von Büroflächen und unterstützen eine standortunabhängige, kooperative Zusammenarbeit. So wird Klimaschutz zugleich zum Motor für Innovation und organisatorische Weiterentwicklung.

Klimaschutz als Investition in Zukunftsfähigkeit und Resilienz

Die Transformation hin zu einer klimaneutralen Bundesverwaltung ist eine Investition in die langfristige Leistungsfähigkeit staatlicher Strukturen. Energieeinsparungen, sinkende Betriebskosten und optimierte Prozesse stärken auf Dauer die wirtschaftliche und organisatorische Zukunftsfähigkeit der Verwaltung. Gleichzeitig leistet der Bund einen aktiven Beitrag zur Erreichung der nationalen und internationalen Klimaziele.

Die Bundesregierung wird diesen Weg konsequent fortsetzen, die Datengrundlagen weiter verbessern und zusätzliche Maßnahmen entwickeln, um die Emissionen der Bundesverwaltung weiter zu senken und ihre Rolle als verlässlicher Akteur im Klimaschutz zu stärken.

<https://www.bundesumweltministerium.de/meldung/klimabilanz-der-bundesverwaltung-weniger-schadliche-emissionen-bei-dienstreisen-und-gebaeuden>